

Ausschreibungstext Demokratieoffensive 2010

Projekt

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN startet im Jahr 2010 eine Demokratieoffensive, die innerhalb wie außerhalb der Partei vorhandene Sollbruchstellen und Reformnotwendigkeiten unseres politischen Systems identifizieren und programmatische Lösungen erarbeiten soll. Auf unserer Bundesdelegiertenkonferenz in Rostock 2009 haben wir es uns zur Aufgabe gemacht, die Frage nach einer Erneuerung der Demokratie in unserem Land zu bearbeiten und zu diskutieren, wie mehr Teilhabe für alle organisiert werden kann. Dieses Vorhaben fußt auf unserer Analyse, dass sich immer mehr Menschen von der Demokratie entfremdet fühlen, was an zurückgehenden Zustimmungsraten und einem verminderten Interesse an der demokratischen Willensbildung in Ost- wie Westdeutschland deutlich wird. Geringe Wahlbeteiligungen sind hierfür nur ein Symptom. Die demokratischeskeptischen Einstellungen reichen von einer verbreiteten Ignoranz gegenüber sozialen und politischen Prozessen bis hin zu aggressiver Politiker-, Parteien-, Parlamentarismus- und Demokratieschelte und sind völlig unterschiedlich innerhalb gesellschaftlicher Gruppen verteilt. Auch wenn nach einer Bertelsmann-Studie aus dem vergangenen Jahr 77 Prozent aller Deutschen die Demokratie weiterhin für die beste Staatsform halten, zeigen sich gleichzeitig 45 Prozent der Deutschen unzufrieden mit dem konkreten Funktionieren unserer Demokratie und sehen Reformbedarf. Als Partei sind wir aufgefordert, uns diesem Phänomen zu stellen und Lösungsansätze zu suchen. Als Grüne sollten wir uns mit unserer Kritik und unseren Verbesserungsvorschlägen am bestehenden politischen System jedoch scharf von Positionen abgrenzen, die Demokratie, Parlamentarismus und Parteien pauschal verdammen.

Idee

Mögliche Erklärungen für die sich entwickelnde Demokratiemüdigkeit sind in der Verlagerung der Entscheidungsprozesse von der nationalen hin zur supranationalen Ebene genauso zu finden wie in dem mangelhaften Nutzen, der den langwierigen demokratischen Verfahren zugesprochen wird. Dabei wird oftmals die Aufgabe der politischen Inklusion übersehen und gegen die vermeintliche Effizienz rein technokratischer Entscheidungen ausgespielt. Andere sehen die Gründe für die Demokratieskepsis eher im geschlossenen und vermeintlich unattraktiven System der deutschen Parteipolitik, die zudem im Geflecht des Föderalismus agieren muss, das Verantwortung nur schwer zuordnen lässt. In diesem Zusammenhang wird zurecht bedauert, dass eine gründliche Verfassungsdiskussion im Zuge der Wiedervereinigung versäumt wurde, was – neben der fehlenden Demokratieerfahrung – zur Enttäuschung vieler Ostdeutschen über die demokratischen Verhältnisse beigetragen haben dürfte. Wieder andere betonen, dass mediale und ökonomische Vermachtung und die Beschränkung der Demokratie durch die globalisierten Finanzmärkte den Handlungsspielraum von Politik als wenig relevant erscheinen lassen. Auch erscheint die Zunahme sozialer Ungleichheit, das Entstehen einer neuen Unterschicht und das Ende der Ausweitung staatlicher Leistungen selbst die Begeisterung für unsere Demokratie zu begrenzen. Wenn unser Bildungssystem bestehende Schichten zementiert und einem

gesellschaftlichem Aufstieg im Wege steht, liegt darin ein Grund für die mögliche Abkopplung ganzer Gruppen von der Teilhabe am demokratischen Prozess. Auch ist mit der Bologna-Reform gerade im Hochschulbereich die Zeit und die Räume für Demokratielernen entfallen. Auch der demographische Wandel hat Auswirkungen auf die Wirkmächtigkeit und den Output demokratischer Verfahren. Schließlich rütteln zahlreiche Skandale sowie rein populistische Wahlkampfversprechen an der Glaubwürdigkeit von PolitikerInnen, zum Teil bis weit in die jeweils eigenen Anhängerschichten hinein.

Die genaue Betrachtung und Bewertung dieser Analysen ist nicht unwichtig. Denn abhängig von der jeweiligen Antwort muss entweder von einer Krise der Demokratie oder einer Krise der Parteiendemokratie gesprochen werden. Von der Antwort hängt auch ab, welche Chancen und Möglichkeiten sich in dieser Krise für eine Weiterentwicklung unseres politischen Systems mit dem Ziel einer vertieften Demokratisierung ausmachen lassen.

Vorgehen

Daher werden wir in einem ersten Schritt eine Arbeitsgruppe einsetzen, die die unterschiedlichen Ebenen der Demokratiemüdigkeit und Parteienskepsis identifizieren, die bereits untersuchten Ursachen, Bedingungen und Hintergründe von Demokratieskepsis zusammentragen und für eine breite innerparteiliche Diskussion vorstrukturieren soll. Uns geht es dabei nicht so sehr darum, bekannte Grundsatzfragen zu diskutieren, sondern unser demokratisches Modell insgesamt in den Blick zu nehmen und Verbesserungsmöglichkeiten zu identifizieren. Die Aufarbeitung und politische Kanalisation der herrschenden Skepsis gegenüber den demokratischen Alltagsverfahren, gegenüber der durch das Grundgesetz und die europäischen Verträge konkret vorgegebenen Struktur unserer Demokratie oder gar gegenüber der Demokratie als Staatsform ist nur in einer umfassenden Betrachtung zu leisten, die alle Ebenen, Gliederungen und Erfahrungen innerhalb unserer Partei einbeziehen muss.

Um sicher zu gehen, dass wir den vorhandenen reichen Erfahrungsschatz in unserer Partei möglichst breit in der Arbeitsgruppe repräsentieren, wollen wir bei der Besetzung der Arbeitsgruppe neue Wege gehen. Wir schreiben daher zwei der 15 ständigen Plätze innerhalb der Arbeitsgruppe partei-öffentlich aus. Auf diese Plätze können sich Menschen mit ihren Ideen und mit ihrem biografischen Hintergrund bewerben. Aus diesen Bewerbungen wählt der Bundesvorstand zwei Personen für die Arbeitsgruppe aus.

Die Arbeitsgruppe, die von Claudia Roth (Bundesvorsitzende) und Sven Giegold (MdEP) geleitet wird, soll einen ersten Aufschlag vorbereiten, der vor Ort und auf Landesebene ab Herbst 2010 auf den einzelnen Landesdelegiertenkonferenzen debattiert werden kann. Spätestens im Jahr 2012 sollen die Ergebnisse dann auf einem großen Demokratiekongress nochmal diskutiert und für die Programmarbeit 2013 gebündelt werden. Neben den zwei offenen Plätzen werden VertreterInnen des Bundesvorstandes, der Bundestagsfraktion, des Europaparlaments, der Landes- und Kreisverbände, der relevanten Bundesarbeitsgemeinschaften, der Grünen Jugend sowie aus der Wissenschaft in der Arbeitsgruppe mitarbeiten.

Ausschreibung

Für die beiden offenen Plätze suchen wir zwei Personen aus allen Gliederungen und thematischen Bereichen der Partei, die

- sich seit mindestens zwei Jahren bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN engagieren,
- in ihrem Bereich Erfahrungen mit konkreten Demokratieproblemen gemacht haben,
- besondere eigene Perspektiven auf die Probleme der demokratischen Verfahren, der demokratischen Teilhabe oder der Einstellungen gegenüber der Demokratie mitbringen.

Bitte sendet uns eure Bewerbungsunterlagen mit

- einem kurzen Motivationsschreiben (max. 4000 Zeichen) inklusive einer Beschreibung eurer spezifischen Erfahrung mit Demokratieproblemen,
- tabellarischem Lebenslauf inklusive eures politischen Engagements innerhalb und außerhalb von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

bis zum 5. März 2010 an:

Claudia Roth, Bundesvorsitzende von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,
Bundesgeschäftsstelle, Platz vor dem Neuen Tor 1, 10115 Berlin.

Oder per E-Mail an: buerro.roth@gruene.de.

Die Arbeitsgruppe soll noch vor Ostern 2010 zu einer konstituierenden Sitzung in der Bundesgeschäftsstelle in Berlin zusammen kommen. Danach werden die folgenden, mindestens drei Termine bis Ende des Jahres koordiniert.